

## ■ WIRTSCHAFTSCHRONIK

### IV. QUARTAL 1999

*Der Beginn der neuen Verhandlungsrunde der WTO zur weiteren Liberalisierung des Welthandels ist von großen Spannungen gekennzeichnet. Die Divergenz der Interessen der entwickelten Länder untereinander und gegenüber den Entwicklungsländern lässt die Verhandlungen scheitern. Begleitet ist das Treffen in Seattle von Demonstrationen gegen die Globalisierung der Wirtschaft.*

**11. Oktober:** Die Europäische Union und Südafrika unterzeichnen ein Freihandelsabkommen. Der Vertrag soll Südafrika den Zugang zum EU-Markt speziell für landwirtschaftliche Erzeugnisse erleichtern.

### AUSLAND

**13. Oktober:** Die Königlich Schwedische Akademie der Wissenschaften verleiht 1999 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften an Robert A. Mundell von der Columbia University, New York. Er erhält die Auszeichnung für seine Arbeiten zur Geld- und Fiskalpolitik in verschiedenen Wechselkursystemen und für die Analyse optimaler Währungsräume.

Aufgrund einer von der EU eingebrachten Klage fordert die WTO die USA auf, die steuerbegünstigte Unternehmensform der „Foreign Sales Cooperations“ (FSC) bis 1. Oktober 2000 aufzuheben. Die meist auf den „Virgin Islands“ ansässigen Exportunternehmen, die den Exporteuren eine Steuerersparnis von bis zu 15% ermöglichen, verstoßen gegen das „Agreement on Subsidies and Countervailing Measures“.

**2. November:** Die jugoslawische Teilrepublik Montenegro erklärt die DM zum offiziellen Zahlungsmittel neben dem Dinar.

**5. November:** Die EZB erhöht drei Zinssätze um jeweils 0,5 Prozentpunkte. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität erreicht 4%, der Zinssatz für die Einlagefazilität wird auf 2% angehoben, und ab 10. November liegt der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Euro-Systems bei 3%.

In einem Anti-Trust-Verfahren gegen den Konzern Microsoft bestätigt ein Gericht in den USA, dass die Monopolstellung von Microsoft-Produkten für die Mitbewerber, die Innovationsprozesse und die Konsumenten nachteilig sei. In der Folge ist eine Welle von Sammelklagen zu erwarten.

Abgeschlossen am 30. Dezember  
1999.

**16. November:** In den USA werden die Leitzinsen erhöht. Die „federal funds rate“ sowie die „discount rate“ werden jeweils um 25 Basispunkte auf 5,5% bzw. 5% angehoben.

**25. November:** Der mit 2,4 Mrd. DM überschuldete deutsche Baukonzern Holzmann kann nach einer Intervention des deutschen Bundeskanzlers Schröder das Insolvenzverfahren zurückziehen. Um die gefährdeten 28.000 Arbeitsplätze zu erhalten, stellt die Bundesregierung dem Konzern 250 Mill. DM in Form eines Darlehens und einer Bundesbürgschaft zur Verfügung. In der Folge sinkt der Wechselkurs des Euro erstmals unter 1 \$.

**30. November bis 3. Dezember:** Zum Auftakt der „Millenniumsrunde“ der WTO findet in Seattle ein Ministertreffen der 134 Mitgliedstaaten statt. Aufgrund unüberwindlicher Gegensätze zwischen der EU und den USA über die Subventionierung der Landwirtschaft und wegen der unterschiedlichen Ansichten der entwickelten Länder und der Entwicklungsländer über eine Sozialklausel der WTO bleibt das Treffen ohne Ergebnis. Das Investitionsabkommen (ehemals MAI) soll nach dem Scheitern der OECD nun im Rahmen der WTO neu verhandelt werden. Die gesamte Veranstaltung ist von Demonstrationen begleitet.

**9. Dezember:** Die französische Regierung beschließt, das von der EU aufgehobene Verbot der Einfuhr von britischem Rindfleisch aufrecht zu erhalten, da es keine Regelung für Herkunftsnachweis und Fleischkennzeichnung gibt. Das Einfuhrverbot wurde wegen der BSE-Gefahr durchgesetzt. Die Europäische Kommission bereitet eine Klage gegen Frankreich beim Europäischen Gerichtshof vor.

**10.–11. Dezember:** Der Europäische Rat beschließt anlässlich seiner Tagung in Helsinki, mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien, der Slowakei und Malta Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Die Türkei erhält den Status eines Beitrittskandidaten ohne Zusage auf Eröffnung der Verhandlungen.

**1. Jänner 2000:** In Deutschland tritt die zweite Etappe einer ökologischen Steuerreform in Kraft. In vier Stufen werden die Mineralölsteuer um jeweils 0,06 DM je l und die Elektrizitätssteuer um jeweils 0,005 DM je kWh erhöht. Eine weitere Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer im Ausmaß von 70 Mrd. DM ist angekündigt.

Mit Jahresbeginn bilden die Mitgliedstaaten des Zentral-europäischen Freihandelsabkommens (CEFTA) eine Zollfreizone für Industriegüter.

## ÖSTERREICH

**1. November:** Eine Globalrunde der Kollektivvertragsverhandlungen bringt für die 145.000 Arbeiter und 90.000 Angestellten der Industrie eine Erhöhung der Mindestgehälter um 2,4% und der Ist-Gehälter um

1,9%. Innerbetrieblich können im Rahmen einer Verteilungsoption die Ist-Löhne um 1,7% erhöht und 0,5% der Lohn- und Gehaltssumme individuell verteilt werden.

---

*Nach den Wahlen zum Nationalrat beauftragt Bundespräsident Klestil die im Parlament vertretenen Parteien, Sondierungsgespräche zu führen. Anfang Dezember erhält der SPÖ-Vorsitzende Klima den Auftrag zur Regierungsbildung. Er beginnt die Verhandlungen mit der ÖVP. Aufgrund einer Rüge der EU-Kommission kürzt Finanzminister Edlinger die Ermessensausgaben der Ministerien für 2000 um 20 Mrd. S.*

---

In der Metallindustrie werden die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und -gehälter um 2,4% und die Ist-Löhne- und -Gehälter um 1,9% erhöht. Eine von den Betrieben zu vereinbarende Verteilungsoption muss eine Lohnsumme von 2,2% umfassen, wobei die individuelle Erhöhung der Ist-Löhne und -Gehälter mindestens 1,7% betragen muss.

**30. November:** Gemäß einem Erlass von Finanzminister Edlinger müssen alle Ressorts der provisorischen Regierung im Jahr 2000 ihre Ermessensausgaben oder die Ausgaben in anderen Bereichen um 20% kürzen. Die Minister können jedoch anstelle der Ermessensausgaben kürzen. Dadurch werden Einsparungen von 20 Mrd. S erzielt. Durch diese Maßnahmen sowie die Beschränkung der monatlichen Budgetausgaben auf ein Zwölftel der Ausgaben des Vorjahres soll das Defizit des Bundes im Jahr 2000 2,2% des BIP erreichen. Dieser Entscheidung gingen eine Rüge der EU-Kommission bezüglich der Ausweitung des Defizits sowie eine Diskussion der Euro-Länder über Österreichs Stabilitätspolitik voraus.

**9. Dezember:** Bundespräsident Klestil erteilt dem SPÖ-Vorsitzenden Klima den Auftrag zur Regierungsbildung.

**1. Jänner 2000:** Die Gehälter werden im öffentlichen Dienst um 1,5%, mindestens jedoch um 300 S angehoben. Daraus resultiert eine durchschnittliche Steigerung um 1,6%.

Für die Angestellten des Handels werden die kollektivvertraglichen Mindestgehälter und die Lehrlingsentschädigungen um 1,75% erhöht.

Für die Angestellten der Stromversorgungsunternehmen wird eine Anhebung der Kollektivvertragslöhne um 2,3% vereinbart, die Gehälter steigen um 1,6% bis 2,3% und die Ist-Löhne und -Gehälter um 1,6%. Eine Option zur Beschäftigungssicherung sieht bei einer Anhebung der Ist-Löhne und -Gehälter um 1,1% vor, dass 1% der Gehaltssumme für beschäftigungssichernde Maßnahmen verwendet wird.